Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Herausgeber: Widerspruch
Band: 35 (2016)
Heft: 67

Artikel: Podemos - Lernprozess in Spanien und Lehren für Europa
Autor: Lang, Josef
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-652093

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 21.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Josef Lang

Podemos – Lernprozess in Spanien und Lehren für Europa

Erstmals seit Jahrzehnten gibt es in einer ganzen Reihe europäischer Staaten eine Erneuerung der Linken, die sich auf den ganzen Kontinent ausweiten und nachhaltige Wirkung entfalten könnte. Die stärkste und originellste neulinke Kraft ist Podemos in Spanien. Ihre Geschichte, Erfahrungen und wichtigsten Herausforderungen sollen hier diskutiert werden.

Das politische Hauptverdienst von Podemos ist es, den sterilen «bipartidismo» beendet zu haben. Das Zweiparteiensystem zwang die unzufriedenen Linken – und unzufrieden waren fast alle –, die sozialdemokratische PSOE zu wählen, um eine Rechtsregierung zu verhindern. Bei den gesamtspanischen Parlamentswahlen vom 20. Dezember 2015 rückte Podemos mit 20,7 Prozent nahe an die PSOE (22 Prozent). Zählt man zu Podemos die drei weiteren Listen links der Sozialdemokratie, die Vereinigte Linke (IU), die baskische linksnationalistische Bildu und die katalanische Esquerra Republicana, dazu, erreichte die Linke gemeinsam 28 Prozent aller Stimmen. Dieser Ausbruch aus der Zwangsjacke des «voto útil», des «nützlich Wählens», hat die iberische Politik, insbesondere die linke, ungemein dynamisiert.

Die Bewegung der Empörten

Der fruchtbare Boden, auf dem Podemos in den letzten beiden Jahren gedeihen konnte, wurde durch die am 15. Mai 2011 geborene Bewegung der Indignad@s, der Empörten, gelegt. Die sogenannte 15M-Bewegung, die mit 300 000 Menschen und 80 Platzbesetzungen in ganz Spanien gestartet war, hatte vielfältige Hintergründe. Vor der Finanzkrise war die Immobilien- und Finanzblase in keinem anderen europäischen Land derart aufgebläht wie in Spanien. Entsprechend folgenschwer war deshalb das Platzen der Blase. Die von den Konservativen wie den SozialdemokratInnen eingeschlagene «Voodoo-Ökonomie» förderte die Privatverschuldung für das Eigenheim sowie die öffentliche Verschuldung für grössenwahnsinnige Infrastrukturprojekte. Eng damit verbunden war eine überbordende Korruption, die praktisch alle Parteien betraf – am stärksten die konservative

Partido Popular (PP), aber auch die andalusischen SozialistInnen, die katalanisch-bürgerlichen NationalistInnen und die Vereinigte Linke. Der starke Konsumschub erleichterte die Entpolitisierung der Gesellschaft, was wiederum den Graben zwischen parlamentarischen VertreterInnen und ihren WählerInnen vergrösserte. Die globale Finanzkrise seit 2007 hat in Spanien, das bereits in den 1990er-Jahren einen wichtigen Teil der Industrie verloren hatte, besonders massive Folgen: So gingen im Bausektor zwischen 2008 und 2014 mehr als die Hälfte der drei Millionen Arbeitsplätze verloren. Die Zahl der Arbeitslosen stieg auf fünf Millionen. Zahllose Familien verloren ihre Häuser und Wohnungen, weil sie ihre Hypotheken nicht mehr bezahlen konnten. Allein in den drei Jahren von 2010 bis 2012 waren etwa eine Million Menschen davon betroffen (Domenech et al. 2015, 44 f.; Zelik 2015, 52–71, 92–94).

Unter Druck der EU reagierte die damalige PSOE-Regierung auf die Wirtschaftskrise mit einer rücksichtslosen Austeritätspolitik. Nachdem eine von den nationalen Minderheiten geforderte Verfassungsreform jahrelang tabuisiert worden war, führte die sozialdemokratische Regierung im Sommer 2011 gemeinsam mit der konservativen Opposition eine Schuldenbremse ein, die den Sozial- und Bildungsabbau zusätzlich verschärfte. Die Gewerkschaften organisierten zwischen September 2010 und November 2012 vier Generalstreiks. Aber da es den Führungen an einem weiterführenden Ziel und der Basis an Zuversicht fehlte, blieben sie erfolglos. Im Baskenland gelang und gelingt es am ehesten, an die historischen Arbeitermobilisierungen der 1970er-Jahre anzuknüpfen. Dort gibt es neben den beiden gesamtspanischen Gewerkschaften, den kommunistisch dominierten Arbeiterkommissionen (CCOO) und der sozialistisch geführten UGT, zwei aufstrebende nationalistische Gewerkschaften: die ELA mit christlich-sozialer Vergangenheit und die LAB, die aus dem früheren Umfeld der Untergrundorganisation ETA stammt. Die Schwierigkeiten der spanischen Gewerkschaften, dem linken Unmut eine Perspektive zu geben, trug so zur Formierung neuer Bewegungen bei. Eine besondere Rolle für die neuen Bewegungen spielte zudem die Unfähigkeit der Vereinigten Linken, von der schweren Niederlage der PSOE bei den Kommunalwahlen vom 22. Mai 2011 zu profitieren (Zelik 2015, 91 f.; Schmidt 2015, 39; *El Mundo*, 19.4.2013).

Die Hauptforderungen der 15M-Bewegung richteten sich gegen die Sparpolitik, die Arbeitsmarktreformen sowie den Sozialabbau, insbesondere im Gesundheits- und Bildungswesen und bei der Arbeitslosenunterstützung. Ebenso mobilisierten sie gegen die Zwangsräumung von Wohnungen, aber auch gegen die Korruption und vor allem gegen das Demokratiedefizit. Der Hauptslogan gegen die ganze politische «casta» lautete: «Sie vertreten uns nicht!» Die Gegenüberstellung von «casta» und «gente»

(Kaste und Volk) wurde in der Folge zu einem der Hauptmottos von Podemos. Als die PSOE, die an den Wahlen im November 2011 die Mehrheit an die konservative PP verlor, eine Grosse Koalition zur «nationalen Rettung» vorschlug, weiteten sich die sozialen Bewegungen aus. Einer der Höhepunkte war eine Grossdemonstration in Madrid für «Brot, Arbeit, Wohnung, Würde» am 22. März 2014, an der mehr als eine Million Menschen teilnahmen (Domenech et al. 2015, 45–49; Rivero 2015, 101–114).

Eine soziale Bewegung verdient eine besondere Erwähnung, weil sie das hohe ethische Niveau des Widerstandes in Spanien illustriert: die Marea Blanca, die Weisse Flut der Spitalangestellten. Diese richtete sich gegen die Privatisierung von Krankenhäusern, gegen Kürzungen im Gesundheitswesen, aber auch gegen das von der Regierung verhängte Verbot, Sans-Papiers aufzunehmen. Ärztinnen und Krankenpfleger behandelten die papierlosen MigrantInnen in einem Akt zivilen Ungehorsams weiterhin (Zelik 2015, 112 f.).

Die Anfänge von Podemos

Dem Umfeld dieser sozialen Bewegungen und Mobilisierungen entspringend, liess sich Podemos am 11. März 2014 als politische Partei registrieren. Ihre drei Hauptbestandteile waren die alternativen Medienprojekte des Parteiführers Pablo Iglesias, ein Kreis linker AkademikerInnen der Madrider Universidad Complutense und die Izquierda Anticapitalista. Die aus der spanischen Sektion der IV. Internationale hervorgegangene Antikapitalistische Linke bildete mit ihren landesweiten Strukturen das organisatorische Rückgrat für die neue Partei. Die meisten Podemos-GründerInnen waren an erfolglosen Versuchen beteiligt gewesen, aus der verknöcherten IU wieder eine Bewegungspartei zu machen. So stammt Pablo Iglesias, der in der Kommunistischen Jugend seine ersten Erfahrungen gesammelt hatte, aus einer IU-Familie. Einer seiner beiden sozialistischen Grossväter war von den Frankisten hingerichtet, der andere nach einem Todesurteil begnadigt worden (Rivero 2015, 122–146).

Bevor es zur Gründung von Podemos kam, erzielten neulinke Parteien in Katalonien, Valencia, Galicien und im Baskenland bereits etliche Erfolge. In Valencia kam es im Frühjahr 2012 zum «Valencianischen Frühling»: Proteste gegen Bildungsabbau weiteten sich zu einer breiten sozialen Bewegung aus. Die dadurch gestärkte antikapitalistische und antizentralistische Compromis (Verpflichtung) erreichte bei den jüngsten regionalen Parlamentswahlen gemeinsam mit Podemos 25 Prozent der Stimmen. In Galicien kam die Alternativa Galega de Esquerda (Galicische Linksalternative, AGE) 2012 auf 14 Prozent der Stimmen. Für die Kongresswahlen schloss sie sich mit Podemos zusammen. Gemeinsam erreichten sie am

20. Dezember 2015 ebenfalls 25 Prozent. Seit langer Zeit haben im Baskenland die Linksnationalisten ein grosses Gewicht. Bei den letzten baskischen Autonomiewahlen im Mai 2012 wurden sie mit 25 Prozent der Stimmen die zweitstärkste Kraft hinter der bürgerlich-nationalistischen baskischen Partei (PNV), die auf 34 Prozent kam. Allerdings haben die Linksnationalisten am 20. Dezember 2015 etwa zehn Prozent an Podemos verloren, die im Baskenland auf überraschende 26 Prozent kam. Die Linksnationalisten leiden noch immer unter den Folgen des spätestens nach dem Ende der Diktatur unsinnig gewordenen bewaffneten Kampfes der ETA. Zudem zahlen sie den Preis für eine Politik, welche die nationale Frage auf Kosten von sozialen und ökologischen Problemen ins Zentrum rückte. Auch in Katalonien spielt die antikapitalistische Candidatura d'Unitat Popular (CUP), die an den gesamtspanischen Wahlen nicht teilzunehmen pflegt, eine wichtige Rolle. Bei den Regionalwahlen im September 2015 erreichte die CUP zwar nur acht Prozent. Im katalanischen Parlament spielte sie jedoch das Zünglein an der Waage für eine Mehrheit zugunsten der Unabhängigkeit (Domenech et al. 2015, 57–59; Zelik 2015, 117–119; El País, 22.12.2015).

Den eigentlichen Durchbruch erzielte Podemos jedoch mit dem überraschenden Erfolg bei den Europawahlen vom 25. Mai 2014, bei dem die Partei acht Prozent der Stimmen und 5 der 54 spanischen Sitze eroberte. Die zehn Wochen alte Bewegungspartei schloss sich im Europaparlament der Fraktion Vereinigte Linke / Nordische Grüne an. Der Erfolg beflügelte den organisatorischen Aufbau. Innert kurzer Zeit verfügte Podemos über 1000 «círculos», wie die Partei ihre Basissektionen nennt. Auf Facebook gewann sie 600 000 Followers. Im Herbst 2014 kam Podemos bei Umfragen auf zwanzig Prozent Stimmenanteil (Domenech et al. 2015, 54).

Am Gründungskongress von Podemos, der am 18. Oktober 2014 in Madrid stattfand, standen sich zwei Listen und Linien gegenüber. Eine klare Mehrheit stand hinter «Claro que Podemos» um Iglesias und dessen rechte Hand Íñigo Errejón. Iglesias drohte für den Fall einer Niederlage mit seinem Rücktritt, doch es kam nicht so weit: Sie setzten sich deutlich gegen die linkere Minderheit «Sumando Podemos» durch, die sich um Teresa Rodriguez und Pablo Echenique, Köpfe der Podemos-Sektionen in Andalusien und Aragón, gruppiert hatten. Die Hauptdifferenz zwischen Mehr- und Minderheit lag darin, dass der Führungskern um Iglesias nur die siegreiche Tendenz im Vorstand vertreten haben wollte. Demgegenüber wollte die Linksopposition alle Strömungen in den sogenannten Consejo Ciudadano integrieren. Inhaltlich geht die stark durch Lateinamerika und insbesondere den Chavismus beeinflusste Mehrheit von einem Gegensatz zwischen «Kaste» und «Volk» aus und gewichtet die machtpolitischen Spiele mindestens so stark wie die Entwicklung sozialer Bewegungen. Die

stärker aus europäischen Traditionen schöpfende Minderheit betont die Selbstorganisation, insbesondere der Círculos, den alltäglichen Widerstand gegen Kapital und Establishment sowie die Förderung des politischen Bewusstseins. Íñigo Errejón, einer der theoretischen Vordenker der Mehrheit, ist ein Anhänger der Linkspopulismus-Theorie Ernesto Laclaus und steht im engen Austausch mit dessen Witwe Chantal Mouffe, mit der er das Interview-Buch *Aufbau eines Volkes* veröffentlichte. Es sollte sich bald zeigen, dass Errejóns und Mouffes Ziel, einen «neuen Volkswillen» zu etablieren und über diesen die «Hegemonie» auszuüben, in einem multinationalen Staat wie Spanien unmöglich aufgehen kann (Iglesias 2015, Toscano 2015, 2, 8; Vogel 2015, 75–77; Zelik 2015, 135–153; *El País*, 26.5.2015).

Absturz, Kehrtwende, Wiederaufstieg

Nachdem es Podemos am 31. Januar 2015 noch gelungen war, eine Million Menschen für den «Marsch für den Wechsel» nach Madrid zu mobilisieren, begannen ihre Umfragewerte zu sinken. Das lag einerseits an Medienkampagnen gegen Podemos, insbesondere von *El País*, die der PSOE nahesteht und am Aufstieg von Ciudadanos, einer neuen rechtsliberalen Partei, die sich vom PP-Konservatismus abgrenzt und ebenfalls die Korruption bekämpft. Ebenso beeinflusste das Nachgeben von Syriza gegenüber der Troika die Umfragewerte. Doch auch eigene Fehler führten zum Abstieg. So begann sich die Madrider Zentrale gegenüber der Basis und besonders gegenüber der andersdenkenden Minderheit sehr autoritär zu gebärden, was zu internen Krisen in Katalonien, im Baskenland und in Andalusien sowie zu einer Demobilisierung der Círculos führte. Nach dem Grosserfolg von linksalternativen Zusammenschlüssen bei den Kommunalwahlen vom 24. Mai 2015, bei denen Podemos die stärkste, aber nicht die einzige beteiligte Partei gewesen war, verweigerte sich die Podemos-Führung einer Fortsetzung dieser Kooperationen. Dies führte zu Austritten und zu Spannungen mit nahestehenden Kräften, insbesondere in den nationalen Minderheiten. Immerhin hatten die breiten Bündnisse die Bürgermeisterämter der beiden Grossstädte Madrid und Barcelona und zahlreicher anderer Städte wie Cadiz erobert (Zelik, 2015, 175–181; Vogel 2015, 75–77; *El País*, 23.7.2015).

Den verhängnisvollsten Irrtum beging Podemos bei den katalanischen Wahlen vom 27. September 2015, die in einer Situation der Polarisierung zwischen GegnerInnen und BefürworterInnen der Unabhängigkeit stattfanden. Unter Anleitung der Madrider Führung, insbesondere von Íñigo Errejón, glaubte Podemos, der Unabhängigkeitsfrage ausweichen und sich auf den Gegensatz «Kaste» gegen «Volk» beschränken zu können. Damit stellte sie sich gegen eine mehrheitlich linke Massenbewegung, die wieder-

holt mehr als eine Million Menschen auf die Strasse gebracht hatte. Eine solche Mobilisierungskraft hat es in Europa seit den grossen Antikriegsdemonstrationen 2003 nicht mehr gegeben. Weil sich Podemos weigerte, das Selbstbestimmungsrecht Kataloniens zu unterstützen, erschien es als Anhängsel des spanischnationalen Trios PP-PSOE-Ciudadanos.

Der daraus resultierende Absturz auf neun Prozent entpuppte sich als heilsamer Schock. Pablo Iglesias übte öffentlich Selbstkritik, vollzog eine radikale Wende und befürwortet seither das Selbstbestimmungsrecht. Er begann, in allen Veranstaltungen den plurinationalen Charakter Spaniens zu betonen. Auch in der sozialen Frage oder der Ablehnung des «Kriegs gegen den Terror» gab sich Podemos wieder ein schärferes Profil. Zudem schloss sie sich in Katalonien, Galicien und Valencia mit linksnationalistischen Kräften zu breiteren Listen zusammen. Der Wahlkampf dynamisierte sich, die Basis fand zurück zum Aktivismus, ihre Wahlveranstaltungen waren die bestbesuchten – Podemos erschien wieder als linksalternative Bewegungspartei. Hätte der Wahlkampf eine Woche länger gedauert, wäre es Podemos wohl gelungen, die ins Trudeln geratene PSOE zu überholen (Antentas 2015; Pastor 2015; *El País,* 18.8.2015, 17.1.2016).

Die Schlüsselfrage der nationalen Minderheiten

Sowohl der Absturz als auch der Wiederaufstieg beförderte innerhalb von Podemos einen Lernprozess, der bei weitem nicht abgeschlossen ist. Die Bewegungspartei, deren Zentrum bis in den Sommer 2015 eindeutig Madrid gewesen ist, musste zur Kenntnis nehmen, dass in den linken Gebieten ausserhalb der Hauptstadt ein wichtiger Teil der Bewegten jenen Kräften angehören, die für die Unabhängigkeit oder das Selbstbestimmungsrecht kämpfen. Spätestens nach den Kongresswahlen, als die drei Bündnisse in Katalonien, Valencia und Galicien darauf bestanden, im spanischen Parlament eigene Fraktionen zu bilden, wurde für Podemos klar, dass die nationale Frage eine wichtige, wenn nicht sogar die Schlüsselfrage ist (*El País,* 18.1.2016).

Ein Blick in die Geschichte hätte der Podemos-Führung in Madrid schon vorher gezeigt, dass Katalonien und das Baskenland schon lange die Gebiete mit der stärksten linken Dynamik sind. Am 14. April 1931 wurde in der baskischen Industriestadt Éibar die Zweite Republik ausgerufen. Dieser Proklamation folgte unmittelbar die Ausrufung der Katalanischen Republik mit dem Ziel, mittels einer Konföderation der iberischen Völker den Kampf gegen die Bourbonen-Monarchie zu verstärken. Nach dem Sturz der Monarchie stimmte Katalonien mit 75 Prozent einem Statut zu, welches das Selbstbestimmungsrecht postulierte und einen «katalanischen Staat innerhalb der spanischen Republik» proklamierte. Ähnliche Bestre-

bungen gab es im Baskenland und in Galicien. Der Wahlsieg der republikanischen Volksfront im Februar 1936 führte dort zu Autonomiestatuten. Doch Galicien fiel den Frankisten in die Hände, bevor es eine eigene Regierung bilden konnte. Die katalanischen und baskischen Regierungen wurden zu eigenständigen und zuverlässigen Stützen in dem durch den Franco-Putsch vom 18. Juli 1936 ausgelösten Bürgerkrieg. Die frankistische Diktatur, die sich dank Hitler und Mussolini 1939 durchsetzen und dank den USA nach der Niederlage des Faschismus halten konnte, stiess in Katalonien und vor allem im Baskenland auf den grössten Widerstand. Der ultrazentralistische Nationalkatholizismus mit seiner Überhöhung des «Einen und Ewigen Spanien» hatte die nachhaltige Folge, dass heute die Opposition gegen die Staatseinheit, die monarchistische Staatsform und die Rolle der Kirche nirgendwo in Europa so stark ist wie auf der Iberischen Halbinsel (Pastor 2012, 69–105; Balcells 2004, 50–180; Lang 1988, 28–30).

Irrwege Linkspopulismus und Verfassungspatriotismus

Stark verzögert wurde Podemos' Einsicht in die Bedeutung der nationalen Frage durch Errejón und Mouffes Projekt des *Aufbaus eines Volkes*. Da das Wort «pueblo» (Volk) durch den Frankismus stärker reaktionär belastet ist als in Lateinamerika, hat Podemos entschieden, stattdessen von «gente», den einfachen Leuten, zu sprechen. Aber die von Mouffe ausdrücklich linkspopulistisch genannte Grundidee, den «allgemeinen Willen» eines «Volkes» zu begründen, indem man dieses der «Elite», dem «Nichtvolk» entgegensetzt, um die «Hegemonie» zu erobern, passte nicht zur plurinationalen Wirklichkeit Spaniens. Die grosse Mehrheit der linken Katalaninnen, Basken, Galicierinnen und Valencianer gehören anderen «Völkern» an, nämlich solchen, die im Namen des «spanischen Volkes» noch stets unterdrückt und gedemütigt werden. Und ein Teil ihrer bürgerlichen «Eliten» steht zwar in sozialen Fragen im Gegensatz zu ihnen, doch in der Auseinandersetzung mit dem spanischen Zentralstaat stehen sie auf der gleichen Seite.

In den im Februar 2015 geführten Interviews, in denen sich Errejón und Mouffe abwechslungsweise Fragen stellten, spielt die nationale Frage für die politische Theoretikerin überhaupt keine Rolle, was den analytischen Wert ihrer Aussagen sehr relativiert. Errejón erwähnt sie zwar nebenbei. Aber damals schien ihm nicht bewusst gewesen zu sein, dass es einen Widerspruch gibt zwischen der «Konstruktion eines neuen Volkes» durch eine Politik mit «national-populärem Inhalt» und dem Aufbau der Partei in den Autonomiegebieten. Doch im Dezember desselben Jahres wird Podemos in diesen Gebieten am meisten Stimmen machen. Wenn Errejón einen «patriotismo democratico, progresista y popular» postuliert, übergeht

er die Tatsache, dass für die nationalen Minderheiten die spanische «patria» an Franco, an die zentralistische Bourbonen-Dynastie und an die «katholischen Könige» erinnert (Errejón/Mouffe 2015, 29–32, 41, 46–56, 81–88; Mouffe 2015).

Chantal Mouffe ist nicht die erste Theoretikerin, die von der plurinationalen Wirklichkeit Spaniens nur wenig Ahnung hat und trotzdem einen grossen Einfluss auszuüben vermag. Ähnliches ist Jürgen Habermas mit seiner These vom «Verfassungspatriotismus» passiert. Diese postuliert einen Patriotismus, der nicht auf ethnischen und anderen vorgegebenen Strukturen, sondern auf der demokratisch legitimierten Verfassung aufbaut. Insbesondere Angehörige der 68er-Linken, die der PSOE beitraten oder in der Redaktion von *El País* arbeiteten, glaubten in den 1990er-Jahren, sie könnten sich über den Verfassungspatriotismus mit «Spanien» versöhnen und die lästig gewordene Minderheitenfrage neutralisieren. Dabei unterschätzten sie nicht nur deren Konfliktpotenzial, sondern auch die Fragwürdigkeit der spanischen Verfassung von 1978. Diese leidet unter einem riesigen Demokratiedefizit, hauptsächlich wegen des massiven Drucks, den insbesondere die frankistischen Generäle bei ihrer Entstehung ausgeübt hatten. Die Verfassung schreibt die von Franco eingesetzte Monarchie fest, bekräftigt die «unauflösliche Einheit der spanischen Nation» und verpflichtet die Armee zur militärischen Intervention gegen eine allfällige Separation. Als sich die postfrankistische PP 2002 ebenfalls auf den Verfassungspatriotismus berief, sah sich Habermas zu einer Distanzierung veranlasst. *El País* setzte am 15. Mai 2003 ein Habermas-Zitat als Titel: «Ich kann mir nicht vorstellen, dass der Verfassungspatriotismus eine Idee der Rechten ist». Aber in Spanien ist es das (Habermas 1992; Velasco 2002, 39 f.; Ibarra/Zallo 2000, 78; Laborda 2002, 52 f.; Pastor 2012, 133 f.).

Die Zukunft von Podemos hängt entscheidend davon ab, wie sie den im letzten Herbst nach dem katalanischen Debakel eingeschlagenen Kurs methodisch (Aktivierung der Basis und gesellschaftliche Mobilisierung) und inhaltlich (Verteidigung des Selbstbestimmungsrechts und der sozialen Rechte) weiter entwickelt. Wenn sie sich zusätzlich gegenüber der Vereinigten Linken und den baskischen LinksnationalistInnen öffnet, kann sie zur stärksten Linkspartei im spanischen Staat und zu einem neuen Leuchtturm für die europäische Linke werden.

Lehren für Europa

Bezüglich der Perspektiven einer neuen Linken in Europa zeigt Podemos dreierlei: Erstens verläuft der (partei)politische Prozess in jedem Land anders. So hat die Frage der nationalen Minderheiten in keinem anderen Staat eine derart grosse Bedeutung wie im spanischen. Allerdings spielte

auch in Grossbritannien die schottische Frage eine wichtige Rolle, als Jeremy Corbyn am 12. September 2015 den Parteivorsitz der sozialdemokratischen Labour-Partei eroberte: Ohne den Grosserfolg der sich stark nach links bewegenden Schottischen Nationalpartei (SNP) bei den Unterhauswahlen vom 7. Mai 2014 wäre es undenkbar gewesen, dass Labour anderthalb Jahre später den linksten Parteichef seit dem Parteigründer Keir Hardie wählt (Hudson 2015, 152 f.).

Zweitens spielt der Kampf gegen die Austerität zwar die tragende Rolle – für Podemos, Corbyn, die SNP und viele weitere neulinke Kräfte. Damit aber eine neue Dynamik entstehen kann, muss diese mit einer oder mehreren weiteren politischen Schlüsselfragen verbunden werden. Was in Spanien die Nationalitätenfrage und der Kampf gegen die Korruption sind, scheint in Grossbritannien die Frage von Krieg und Frieden zu sein. In Irland, wo sowohl eine sozial gewendete Sinn Fein wie auch linkssozialistische Gruppierungen stark wachsen, ist es der Widerstand gegen die Wasserprivatisierung. Beim linksalternativen Bloco de Esquerda in Portugal spielt die Zukunftslosigkeit der Jugend eine besondere Rolle. In Dänemark profiliert sich die Rotgrüne Einheit, Siegerin der jüngsten Wahlen, neben dem Kampf gegen Sozialabbau auch mit der Opposition gegen die dänische Beteiligung am «War on Terror». In Slowenien, Kroatien und Bosnien baut sich die neue Linke über eine Kombination von Kämpfen gegen Austerität und Korruption sowie über Demokratie- und Ökologiefragen auf. Wenn es in Deutschland nicht danach aussieht, als könnte Die Linke zu einem alternativen Pol werden, hat das auch mit ihrer schwachen Haltung in den zentralen Themen der Flüchtlinge und der Fremdenfeindlichkeit zu tun. Ähnliches lässt sich in Frankreich beobachten, wo dem Front de Gauche die Stärke in der sozialen Frage wenig nützt, weil er bei den Freiheits- und Friedensfragen versagt hat (Eskelinen 2015, 115–125, 147–157; Stiks 2015, 135–146; McCabe 2015, 158–165).

Drittens braucht eine neue Linke nicht nur neue Inhalte, sondern auch neue oder mindestens erneuerte Gefässe. Podemos ist ein ganz neues Gefäss. Der Linksblock im iberischen Nachbarland ist ein bereits seit 1999 bestehender, aber durch soziale Bewegungen und einen Austausch der Leitung erneuerter Zusammenschluss linker Parteien. Diese organisatorische Erneuerung ist vor allem deshalb wichtig, weil die engagierten Menschen, grossmehrheitlich Junge, aktiv mitgestalten wollen. Ob sich etwas Neues ankündigt, lässt sich am besten messen an der Beteiligung neuer Generationen.

Literatur

Antentas, Josep Maria, 2015: ¿Asalto a la Moncloa o carretera hacia el infierno? www.vientosur.info/spip.php?article10549 (Abfrage 20.1.2016)

Balcells, Albert, 2004: Breve historia del nacionalismo catalán. Madrid

Domenech, Antoni / Buster, Gustavo / Raventos, Daniel, 2015: «Old» and «New» Left in the Kingdom of Spain, 2008–2015. In: Socialism and Democracy, Vol. 29, Nr. 3, November 2015, The Radical Left in Europe, 44–61

Errejón, Íñigo / Mouffe, Chantal, 2015: Construir pueblo. Hegemonía y radidalización de la democracia. Barcelona

Eskelinen, Teppo, 2015: The Nordic Radical Left. In: Socialism and Democracy, Vol. 29, Nr. 3, November 2015, The Radical Left in Europe, 115–125

Habermas Jürgen, 1992, Staatsbürgerschaft und nationale Identität. In: Ders.: Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats. Frankfurt am Main, 632–660

Hudson, Kate, 2015: The Radical Left in Britain. In: Socialism and Democracy, Vol. 29, Nr. 3, November 2015, The Radical Left in Europe, 147–157

Ibarra, Pedro / Zallo, Ramón, 2000: Izquierda y nacionalismo. Una reflexión teórica desde el conflicto vasco. In: Pastor, Jaime et al. (Hg.): Opciones alternativas. Madrid, 65–124

Iglesias, Pablo, 2015: Podemos! Wind des Wandels aus Spanien, Zürich

Laborda, Juan José, 2002: Patriotismo constitucional y Estado democratico, Sistema 108. Madrid, 47–53

Lang, Josef, 1988: Das baskische Labyrinth. Unterdrückung und Widerstand in Euskadi, 2., erweiterte Auflage. Frankfurt am Main

McCabe, Conor, 2015: The Radical Left in Ireland. In: Socialism and Democracy, Vol. 29, Nr. 3, November 2015, The Radical Left in Europe, 158–165

Mouffe, Chantal, 2015: Für einen linken Populismus. In: IPG, 30. März. www.ipg-journal.de/rubriken/soziale-demokratie/artikel/fuer-einen-linken-populismus-857 (Abfrage 20.1.2016)

Pastor, Jaime, 2012: Los nacionalismos, el Estado español y la izquierda. Madrid

Pastor, Jaime, 2015: Hacia un escenario de ingobernabilidad. www.vientosur.info/spip.php?article10794 (Abfrage 20.1.2016)

Rivero, Jacobo, 2015: Podemos. Objetivo: Asaltar los cielos. Barcelona

Schmidt, Ingo, 2015: Farewell to European's Working Classes. In: Bieler, Andreas et al. (Hg.): Labour and Transitional Action in Times of Crisis. London / New York, 20–40

Stiks, Igor, 2015: «New Left» in the Post-Yugoslav Space: Issues, Sites, and Forms. In: Socialism and Democracy, Vol. 29, Nr. 3, November 2015, The Radical Left in Europe, 135–146

Toscano, Alberto, 2015: Portrait of the Leader as a Young Theorist. www.jacobinmag.com/2015/12/podemos-iglesias-europe-austerity-elections-spain-theory-laclau (Abfrage 20.1.2016)

Velasco, Juan Carlos, 2002: Patriotismo Constitucional y Republicanismo. In: Claves de razón práctica, Nr. 125, 33–40

Vogel, Steffen, 2014: Europa im Aufbruch. Wann Proteste gegen die Krisenpolitik Erfolg haben. Hamburg

Vogel, Steffen, 2015: Die autoritäre Versuchung. Europas neue Linke zwischen Aufbruch und Populismus. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 11, 71–79

Zelik, Raul, 2015: Mit Podemos zur demokratischen Revolution? Krise und Aufbruch in Spanien. Berlin